



Niederschrift

66. Plenarsitzung des Gemeinderates
16. Juli 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

10.

Punkt 9 der Tagesordnung: Frauen nach vorn: Maßnahmen weiter entwickeln und auf alle städtischen Gesellschaften übertragen

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/0528

Beschluss:

Einverstanden mit Stellungnahme

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Jetzt bin ich keine Frau, die nach vorne geschickt wurde, aber ich bin immerhin gleichstellungspolitischer Sprecher meiner Fraktion und verfolge das Thema jetzt schon eine Weile. Es war für uns immer eine herbe Enttäuschung, wenn die Zielgrößen in den Gesellschaften immer nur festgeschrieben wurden auf dem Status Quo, teilweise sogar darunter, weil man damit gerechnet hat, dass der Anteil der Frauen in Gesellschaften sinkt. Da möchte ich noch einmal darauf verweisen, dass es Studien gibt, dass nachweislich wirtschaftliche Unternehmen erfolgreicher sind, die Frauen und Männer in ungefähr gleicher Größenordnung beschäftigen. An der Stelle ist es im eigenen Interesse der Stadt, die Frauen stärker zu fördern und in Führungspositionen bei den städtischen Gesellschaften zu bringen.

Das Rahmenkonzept war sicher ein guter Einstieg. Ich habe mich sehr gefreut, dass Sie auf meinen Antrag, das Rahmenkonzept auszuweiten und alle städtischen Gesellschaften mit hineinzunehmen, positiv reagiert haben. Das ist genau die richtige Richtung. Damit das aber auch voran geht und damit die wichtigsten Maßnahmen von den vielleicht weniger wichtigen unterscheiden können, ist es uns ein großes Anliegen, dass wir ein Berichtswe-

sen entwickeln, wo klar hervor geht, welche Maßnahme greift wie und warum, dass das etwas wissenschaftlicher angegangen wird, damit wir einfach sagen können, wo lohnt es sich, das zu übertragen und wo nicht. Ich denke, da ist noch ein bisschen Luft nach oben. Das werde ich jetzt leider nicht mehr begleiten können. Aber ich weiß, dass sich aus unserer Fraktion künftig andere dieses Themas annehmen werden, dass es sicher zu einer Einigung kommt, wie wir noch mehr Zug hineinbekommen. Wir haben die Zahlen jetzt noch einmal gesehen im Hauptausschuss. Es geht voran. Aber richtig zufriedenstellend ist es nicht.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): In der Sache ist es auch uns ein wichtiges Anliegen, Frauen zu fördern, Frauen die Möglichkeit zu geben, sich auf Führungspositionen im Bereich der Stadt, sei es Amtsleiterpositionen oder auch bei den städtischen Gesellschaften, beispielsweise Chefarztpositionen im Klinikum zu bewerben. Wir haben der Stellungnahme der Verwaltung entnommen, dass sich einzelne städtische Gesellschaften bereits dieses Rahmenkonzept verschrieben haben und sich bereits in der Umsetzung beziehungsweise in der Anwendung befinden. Das sehen wir als eine positive Entwicklung. Das städtische Klinikum, die Volkswohnung, die Stadtwerke, die Verkehrsbetriebe haben es inzwischen erreicht, dass sich der Anteil der Frauen in Führungsebenen erhöht hat und auch der Bewerberinnenanteil. Ein entscheidender Faktor, der noch ausgearbeitet werden muss, beziehungsweise auch in der Praxis Umsetzung finden muss, ist das Thema Vereinbarkeit Familie und Beruf. Wir sehen bei einigen städtischen Gesellschaften, dass sie eher das Teilzeitmodell in dem Bereich betreiben wollen. Das sind Umstände, die es zu berücksichtigen gilt.

Deswegen meinen wir, dass die Gesellschaften, die das Rahmenkonzept bereits anwenden in ihren Bereichen und da, wo es im Arbeitsbereich passt, schon bei den richtigen Kriterien sind. Das kann man nicht für jede Gesellschaft gleichermaßen machen. Man kann die Kriterien nicht vorschreiben, weil die Arbeitsbereiche, die Arbeitszeiten, Einsatzmöglichkeiten unterschiedlich sind. Das ist intern dann nicht vergleichbar. Sonst würde man Äpfel mit Birnen gleichsetzen. Wir sehen daher den ersten Teil, die Ziffer 1 des GRÜNEN-Antrags mit der ausführlichen Antwort der Verwaltung als erledigt an, so wie es sich aus der Stellungnahme ergibt. In der Kurzfassung der Stellungnahme heißt es, das Rahmenkonzept wird bisher verbindlich ausgeführt, dann werden die Gesellschaften genannt, und dann heißt es, allen anderen Gesellschaften wurde die Anwendung nahegelegt. Nunmehr sollen alle Gesellschaften das Rahmenkonzept verbindlich anwenden. Ich habe den Satz so verstanden, dass die Verwaltung dies den anderen Gesellschaften, die das Rahmenkonzept noch nicht verbindlich angewandt haben, nahegelegt hat. Das heißt, die sollen das anwenden. Und „sollen“ bedeutet eigentlich die Regel, es sei denn, es gibt einen bestimmten Grund, das nicht durchzuführen. Insofern würde ich eigentlich die Ziffer 2 des Antrags auch als erledigt betrachten wollen. Wenn es das nicht ist, dann möge man das vielleicht noch einmal erklären, wenn das nicht so zu verstehen sein sollte. Ansonsten meinen wir aber, dass letztlich die Gesellschaften selbst entscheiden müssen. Die brauchen einen Spielraum. Wir trauen das aber unseren Gesellschaften und auch denen, die es noch nicht verbindlich übernommen haben, durchaus zu, dass sie zeitgemäß sind, dass sie sicherlich das, was wir als Stadt erwarten, Frauenförderung, durchaus umsetzen. Aber sie benötigen aus meiner Sicht einen Spielraum, den wir belassen sollten.

Stadträtin Melchien (SPD): Gleichstellungspolitik ist auch ein wichtiges Anliegen der SPD-Fraktion, der SPD insgesamt schon seit sehr langer Zeit. Leider ist sie nicht kurzfristig umzusetzen. Sie betrifft sehr viele Bereiche und liegt sicherlich in einer gesamtgesellschaft-

lichen Verantwortung. Wir alle müssen Vorbild sein, natürlich auch die Verwaltung. Jetzt beispielsweise liegt es auch an uns als Gemeinderat, die Aufsichtsräte zu besetzen. Hier können wir direkten und sehr kurzfristigen Einfluss darauf nehmen, dass bisher unterrepräsentierten Gremien diese entsprechend besetzt werden. Hier können wir sehr schnell einen Beitrag leisten für mehr Ausgewogenheit der Geschlechter.

Sicherlich schwieriger und langfristiger ist es bei Führungspositionen in den städtischen Gesellschaften – es wurde jetzt schon einiges angesprochen. Natürlich bedauern auch wir, wie Kollege Konrad ausgeführt hat, wenn wir Zielgrößen von beispielsweise 0 % beschließen müssen, weil es einfach ganz klar ist, dass die sich in einer gewissen Zeit nicht verändern. Wir können und wollen aber auch keine unrealistische Zahlen beschließen, die nur dann umzusetzen wären, wenn man verdiente Personen entlässt beispielsweise, ohne weiteren Grund. So kommen wir sicher nicht zu Ziel. Dennoch ist es sehr wichtig, dass wir uns jährlich im Hauptausschuss und darüber hinaus sehr viel intensiver auch in den jeweiligen Aufsichtsräten damit auseinandersetzen, wie der Ist-Stand ist. Wir haben das letzte Woche erst im Hauptausschuss getan, haben da – meine Kollegin ist bereits darauf eingegangen – auch Erfolge gesehen. Sie führen es auch in Ihrer Antwort aus, dass wir sehr viele Instrumente haben, die wir zum Glück in unseren Gesellschaften mittlerweile sehr intensiv nutzen, um hier auch weitere Erfolge zu erzielen und voranzukommen.

Die Antragsteller fordern aus meiner Sicht somit nichts Neues, sondern es ist unsere gemeinschaftlich beschlossene Beschlusslage des Rahmenkonzepts für Frauenförderung in Führungspositionen der städtischen Gesellschaften. Selbstverständlich ist für uns als SPD-Fraktion, dass wir hieran prozesshaft weiterarbeiten, alle gemeinsam. Genauso selbstverständlich unterstützen wir auch das Ansinnen der Antragsteller, weiter voranzukommen im Bereich der Gleichstellungspolitik. Sehr gerne werden wir als SPD-Fraktion auch weiterhin in den Ausschüssen, im Gemeinderat, aber auch in den Aufsichtsräten daran arbeiten, hier noch erfolgreicher zu werden. Ich habe die Anträge auch so verstanden, dass ihnen im Wesentlichen entsprochen wird. Wenn tatsächlich in irgendeiner Gesellschaft das nicht anwendbar wäre, fände ich es auch wichtig, dass wir das einmal in den Gremien diskutieren und dafür Gründe eruieren.

Stadtrat Jooß (FDP): Liebe GRÜNE, Sie sind alle in unseren städtischen Gesellschaften als Aufsichtsräte vertreten. Sie kennen alle die Problematik der Mitarbeitergewinnung. Sie wissen aber auch, dass alle Gesellschaften sich schon länger mit diesem Punkt befassen, die Frauenquote zu erhöhen. Wir sehen deshalb diesen Antrag als unnötig wie einen Kropf an, um nicht zu sagen: Schauantrag. Auch wir wollen eine Quotenerhöhung von Frauen, gerade in Führungspositionen. Aber nur auf Augenhöhe. Dazu braucht es aber keinen Antrag hier im Gemeinderat.

Der Vorsitzende: Wir würden Ihnen – wie es hier steht – zusagen, dass wir den Gesellschaften dieses Rahmenkonzept noch einmal verbindlich ans Herz legen, nicht im Sinne einer Gesellschafterweisung, denn so gehen wir nicht mit unseren Gesellschaften um. Aber Sie haben die Möglichkeit, dann über die Aufsichtsräte noch einmal entsprechend darauf zu achten und auch Druck zu machen, dass man sich mit diesem Rahmenkonzept beschäftigt. Insofern würden wir Ihnen diesen jetzt noch einmal etwas verschärften Schritt als nächsten vorschlagen. Die Frage ist, ob Sie damit zufrieden sein können.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Uns wäre entsprechend wichtig, dass die einzelnen Gesellschaften auch berichten, und dass das in allen Aufsichtsräten wahrgenommen wird. Aber letzten Endes ist es natürlich Teil des Rahmenkonzeptes.

Der Vorsitzende: Das können Sie selber erzeugen, dass in den Aufsichtsräten davon berichtet wird. Das können wir mit Sicherheit zusagen, wenn Sie uns entsprechend unterstützen in den Aufsichtsräten. Man könnte sich auch einmal überlegen, ob man diese Berichte noch einmal alle zusammenführt. Dann hätte man auch noch einmal einen Gesamtüberblick. Wenn wir uns sozusagen noch einmal auf eine verschärfte Bearbeitung dieses Themas einlassen könnten, dann würde ich meinen, dass wir damit Ihrem Wunsch entsprechen. Wenn dann die Ergebnisse aus Ihrer Sicht doch weiter unbefriedigend sind – das wird sicher seine Zeit brauchen -, dann kann man noch einmal hier im Gemeinderat befinden, ob man noch andere Instrumente heranzieht.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
7. August 2019